



„Abschalten – jetzt“ skandierten Demonstranten gestern Abend am Bertoldsbrunnen. Es dürften nahezu 2000 gewesen sein, die gegen Atomenergie und den Meiler im elsässischen Fessenheim protestierten. FOTO: INGO SCHNEIDER

## Kein Plan für Super-GAU

Das AKW Fessenheim ist 20 Kilometer nah, doch Behörden haben keine Evakuierung vorgesehen

VON UNSEREM REDAKTEUR  
FRANK ZIMMERMANN

Wäre Freiburg gerüstet, wenn im nahen Atomkraftwerk Fessenheim eine Katastrophe passieren würde wie im japanischen Fukushima? Man könne nicht von einem Katastrophenschutzplan, sondern allenfalls von einem „Kataströphchen-schutzplan“ sprechen, sagt Axel Mayer, Geschäftsführer des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND) südlicher Oberrhein in Freiburg. Bürgermeister Neideck will sich dazu nicht äußern. Fast 2000 Freiburger gingen derweil gestern gegen Atomkraft auf die Straße.

BUND-Aktivist Mayer fordert: Freiburg muss sich „endlich einmal ernsthaft“ damit beschäftigen und in einem Arbeitskreis mit Experten „einen realistischen Katastrophenschutzplan erarbeiten“. Laut Mayer taugt der Notfall-schutzplan des Regierungspräsidiums (RP) nur, wenn geringe Mengen an Radioaktivität freigesetzt werden. Oder wenn nach der Katastrophe mehrere Tage Zeit bleibt, bis sich die nukleare Strahlung ausbreitet. Werde Radioaktivität in größeren Mengen schon kurz nach einer Katastrophe freigesetzt, sei der Notfallplan unrealistisch.

Ein ausgearbeiteter Evakuierungsplan für Freiburg im Falle eines GAUs existiert nicht, wie Wolfgang Klinger, Leiter des städtischen Katastrophenschutzes, einräumt: „Das haben wir bisher nicht auf die Beine gestellt.“ Markus Ragg, Referent für Katastrophenschutz im RP, weist indes darauf hin, dass die Stadt dazu nicht verpflichtet sei. Er verweist auf die „bundesweit geltenden Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen.“ Finanzbürgermeister Otto Neideck (CDU), der für öffentliche Ordnung zu-



Für den Ausstieg

FOTO: INGO SCHNEIDER

ständig ist, wollte sich gestern zum Thema Evakuierungs- und Notfallschutzplanung gar nicht äußern.

Was aber passiert, wenn die ganze Stadt die Flucht ergreifen müsste? Axel Mayer wird mulmig, wenn er an das Verkehrschaos bei SC-Spielen zur Feierabendzeit denkt. „Stellen Sie sich vor, der SWR und die BZ auf ihrer Homepage geben eine Katastrophe bekannt und 90 Prozent der Bewohner setzen sich ins Auto und wollen irgendwohin“, malt sich Mayer das Horrorszenerario aus.

Die Umgebung rund um Fessenheim ist in vier Zonen eingeteilt. Die Stadt Freiburg liegt überwiegend in der Außenzone, die 10 bis 25 Kilometer vom AKW entfernt ist, wobei der Ortsteil Munzingen nur ganz knapp außerhalb der Mittelzone liegt. Der Notfallschutzplan des RP sieht für Unfälle in Fessenheim für jede Zone bestimmte Maßnahmen vor. In Freiburg etwa müssen Polizei und Feuerwehr Warndurchsagen über Lautsprecher machen, die Sirenen eine Minute auf Heulton stellen und über die Medien über den Unfall informieren. „Die erste Maßnah-

me muss sein, dass die Leute im Haus bleiben“, sagt Klinger; geschlossene Fenster brächten bis zu einem gewissen Zeitpunkt Schutz. Für knapp 10 000 Menschen gibt es in der Stadt zudem Platz in sechs Schutzräumen, wobei allein 5000 im Schlossbergstollen Platz finden. Es gilt: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Theoretisch können Menschen sich dort bis zu vier Wochen aufhalten. Klinger gibt allerdings zu bedenken, dass dort weder Lebensmittel noch Wolldecken aufbewahrt werden, auf die Schnelle dort also nur ein Aufenthalt für wenige Tage möglich sei. Ohnehin tendiert Berlin dazu, die Kapazitäten zu reduzieren: „Ein Vorteil ist ein Schutz vor Strahlung, etwa im Fall des Durchzugs einer Wolke mit radioaktiven Partikeln.

Ein Nachteil ist in der Tat eine begrenzte Verweildauer“, beschreibt Ragg die Funktion der „Bunker“. Zudem ist das Amt für Brand- und Katastrophenschutz für Messungen und Bodenproben zuständig, die es in das System des Umweltministeriums einspeisen muss, sowie für die Verteilung von hoch dosierten Jodtabletten in städtischen Gebäuden, die üblicherweise auch als Wahllokale dienen. 13 Paletten mit insgesamt 2,5 Millionen Tabletten bewahrt die Stadt an einem zentralen, geheimen Ort auf.

Mehrere Parteien haben sich gestern für eine sofortige Stilllegung von Fessenheim ausgesprochen, so die Fraktion Junges Freiburg/Die Grünen, der SPD-Kreisverband und die Unabhängigen Listen. Grünen-Stadtrat und Badenova-Aufsichtsrat Eckart Friebeis fragt, ob die Stadt nicht schon vor 2015 aus dem Bezug und Vertrieb von Atomenergie aussteigen kann. Der CDU-Landtagsabgeordnete Bernhard Schätzle sprach sich gestern Abend für eine dauerhafte Aussetzung der Laufzeitverlängerung aller deutschen AKWs aus.

siehe Münstereck und Seiten 7 und 23



Ein Siedewasserreaktor arbeitet im Atomkraftwerk Leibstadt wie auch im japanischen Kernkraftwerk Fukushima. Kernenergie-Kritiker am Hochrhein sehen sich bestätigt.

FOTOS: HUBER

## Atom-Gegner im Aufwind

Katastrophe in Japan rückt am Hochrhein die Nähe der Schweizer Kernkraftwerke ins Bewusstsein

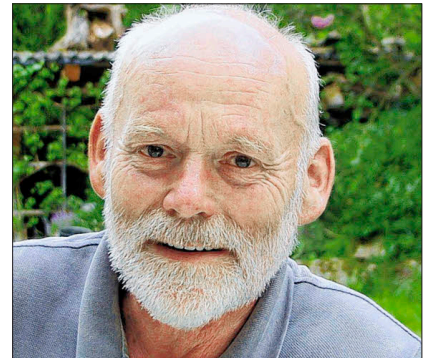
WALDSHUT-TIENGEN/LEIBSTADT (hjh). Die Menschen am Hochrhein treibt die Katastrophe im japanischen Fukushima in besonderer Weise um: Drei Schweizer Reaktoren stehen direkt an der Landkreis-Grenze. BUND-Kreissprecher Hans-Jürgen Bannasch sieht die Anti-AKW-Bewegung vor Ort wieder im Aufwind. CDU-Landtagskandidat Felix Schreiner nahm am Samstag im Straßenwahkampf zur Kenntnis, dass „das Thema die Leute beschäftigt“.

Zwar denken alle zunächst an die Opfer der Katastrophe im fernen Japan. Der Kreisvorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz stellt fest, dass es in jüngster Zeit wieder mehr Rückenwind für die Kernkraft-Gegner gebe. Er sei erstaunt darüber gewesen, dass immerhin zwei volle Busse mit Demonstranten vom

Hochrhein nach Neckerwestheim gefahren seien. Hier dürfe man nicht nur „die wohl relativ sicheren Atomkraftwerke“ gegenüber sehen, sondern auch die „exportierten Risiken“ der Urangewinnung in Südafrika oder Kanada, so Bannasch.

„Die Leute beschäftigen sich sehr damit, man muss das ernst nehmen“, meinte CDU-Kreisvorsitzender Felix Schreiner. Für ihn sei klar, dass die Zukunft der erneuerbaren Energie gehöre, die Kernkraft „maximal eine Brückentechnologie“ darstelle. Er sieht in seiner Partei schon seit längerem einen Wandel, aber man dürfe eben die Augen auch „nicht vor der Wahrheit verschließen“.

Die Schweizer Atomkraftwerke entlang der Grenze seien alles „alte Reaktoren“ mit Uralttechnologie, meint die SPD-Kreisvorsitzende Rita Schwarzelühr-Sutter. Man dürfe die Risiken „nicht ausblenden“, warnt sie, zumal auch wir in einer



BUND-Kreissprecher Hans-Jürgen Bannasch

Erdbebenzone lebten. „Wir sind nicht weit vom Oberrhein-Graben entfernt.“ Die Bundestagsabgeordnete hofft auf ein Umdenken in der Schweiz vor allem im Hinblick auf die geplanten drei Neubauten von Kernkraftwerken.



Bange Blicke richten sich aus Südbaden über den Rheinseitenkanal auf das Atomkraftwerk in Fessenheim, das älteste in ganz Frankreich.

FOTO: AFP

# „Die Atomkraft ist nicht menschengerecht“

**BZ-INTERVIEW** mit BUND-Geschäftsführer Axel Mayer zur Katastrophe in Japan, der deutschen Atomdebatte und das elsässische Atomkraftwerk in Fessenheim

**NÖRDLICHER KAISERSTUHL/ BREISGAU.** Immer neue Katastrophenmeldungen aus Japan befeuern auch in Deutschland und Südbaden die Debatte über die Atomkraft. Die Menschen in der Region blicken vor allem mit Sorge auf das Atomkraftwerk im elsässischen Fessenheim, das älteste in Frankreich. Axel Mayer, Grünen-Kreisrat aus Endingen, BUND-Regionalgeschäftsführer und Vizepräsident des Atomschutzverbands TRAS, beschäftigt sich seit Jahren mit den Risiken der Atomkraft und dem Kraftwerk in Fessenheim. Ihn befragte BZ-Redakteur Martin Wendel.

**BZ:** In Japan nimmt eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes ihren Lauf, weltweit flammt die Debatte um Atomkraft und ihre Risiken wieder auf. Wie fühlt man sich da als jahrzehntelanger Kämpfer gegen die Atomkraft?

**Axel Mayer:** Taurig, betroffen, wütend und „alt“: In meiner Jugend gab's die Pro-Wyhl-Atombröschüren, in denen stand, dass ein Super-GAU einmal in einer Million Jahre passieren könnte. Nach Tschernobyl ist dies der zweite Super-GAU. So schnell geht eine Million Jahre vorbei.

**BZ:** Die Bundesregierung setzt die beschlossene Laufzeitverlängerung vorerst aus. Ist das für Sie ein glaubhaftes Indiz für ein energiepolitisches Umdenken?

**Mayer:** Leider nein. Ronald Pofalla, Chef des Bundeskanzleramts, sagte noch vor kurzem: „Kernkraft ist für die CDU Öko-Energie“. Auch nach Tschernobyl gab's eine zuerst anschwellende dann schnell wieder abklingende Betroffenheit. Es geht um viel Geld für die Betreiber und noch ist die politische Verfilzung zwi-

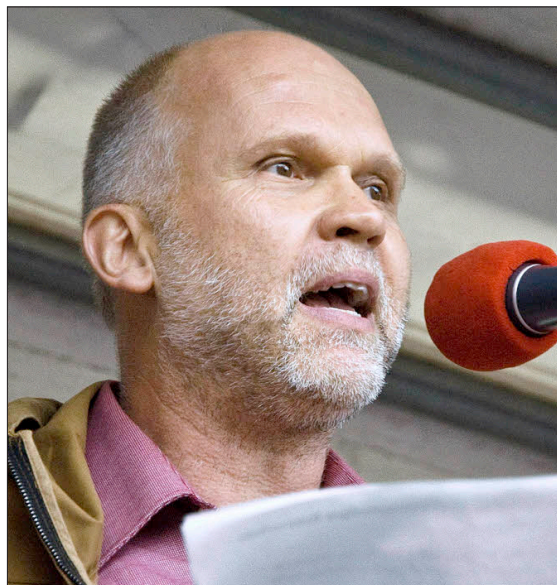
schen Atomkonzernen und Schwarz-Gelb leider stark ausgeprägt. Ich hoffe, dass sich in der CDU die kleine Minderheit der echten, wertkonservativ-lebensbewahrenden Mitglieder irgendwann gegen die Pro-Atom-Funktionäre wehrt.

**BZ:** Die Atomkraftbefürworter warnen stets vor Risiken bei der Versorgungssicherheit, wenn es ums Abschalten von Atommeilern geht. Andere rechnen vor, Deutschland hätte auch beim Verzicht auf die sieben ältesten Atomkraftwerke genügend Puffer, um selbst in Spitzenlastzeiten die Stromversorgung garantieren zu können. Ist die Versorgungslücke eine Versorgungslüge?

**Mayer:** Die alten Atomkraftwerke könnten ohne Risiken bei der Versorgungssicherheit schnell abgeschaltet werden. Auch die neueren AKW sollten schneller abgestellt werden. Die Versorgungslücke ist eine Versorgungslüge. In Wyhl haben wir nicht nur Nein zur Atomkraft, sondern auch Ja zu den Alternativen gesagt und in diesem Bereich in 35 Jahren ungeheure Fortschritte erreicht. Langfristig gibt es mit und ohne AKW eine bedrohliche Energiekrise. Uran, Erdöl, Erdgas und Kohle sind endlich und die Energiepreise werden explodieren. Nur Erdwärme, Sonne und Wind stehen unbegrenzt zur Verfügung.

**BZ:** Was wäre nach Ihrer Ansicht ein glaubwürdiger Schritt der Politik in Sachen Abkehr von der Atomkraft?

**Mayer:** Ein erster Schritt wäre der



**Axel Mayer, BUND-Geschäftsführer, Vizepräsident des Atomschutzverbands TRAS und Kreisrat in Emmendingen.**

FOTO: BUND-ARCHIV

schnelle, wahlunabhängige Ausstieg aus der beschlossenen Gefahrzeitverlängerung für AKW. Doch auch die neueren AKW müssen schnell vom Netz. Vor allem müssen die Alternativen und das Energiesparen massiv gefördert werden.

**BZ:** Die Katastrophe in Japan wurde ja offenbar durch eine tödliche Mischung aus einem massiven Naturereignis und ungeahnter Schlamperei ausgelöst. Ist die Situation in Deutschland da sachlich und nüchtern betrachtet wirklich vergleichbar?

**Mayer:** Die japanischen AKW galten bis vor einer Woche noch als „absolut sicher“ und waren auf schwerste Erdbeben vor-

bereitet. Nach Tschernobyl wurde auf die „russische Technik“ geschimpft und die westliche Technik für absolut sicher erklärt. Das Problem sind insbesondere Katastrophenabläufe, mit denen im Vorfeld weder Befürworter noch Kritiker gerechnet haben. Die Atomkraft ist nicht menschengerecht.

**BZ:** Bei aller Debatte um deutsche Atomkraftwerke stellt sich in Südbaden das Thema Risiko wohl vor allem durch das französische Kraftwerk in Fessenheim, mit dem Sie sich ja seit langem beschäftigen. Wie beurteilen Sie die Lage dort?

**Mayer:** In jedem AKW wird in einem Betriebsjahr pro Megawatt elektrischer Leistung die Radioaktivität einer Hiroshima-Bombe erzeugt. Das heißt, dass in den beiden Fessenheimer Reaktorblöcken mit je 900 Megawatt Leistung im Jahr in etwa die kurz- und langlebige Radioaktivität von zirka 1800 Hiroshima-Bomben entsteht. Die „Freisetzung“ nur eines kleinen Teils dieser Radioaktivität hätte verheerende Folgen für unsere Region. Dazu kommt, dass Fessenheim das älteste französische AKW und nur unzureichend gegen Erdbeben geschützt ist. Fessenheim ist nicht nur ein französisches AKW. Auch die EnBW bezieht Strom von dort. Darum ist der Wechsel zu Ökostromanbietern auch ein wirksames Mittel gegen Atomstrom.

**BZ:** Glauben Sie, dass im Atomstromland Frankreich eine Debatte, vergleichbar mit der in Deutschland, überhaupt in Gang

kommen kann?

**Mayer:** In Frankreich gibt es diese Debatte und auch einen sich verstärkenden Widerstand, und es gibt auch Überlegungen für gemeinsame Aktionen, eventuell auf allen Brücken am Oberrhein.

**BZ:** Zynisch gefragt: Müssen sich die Menschen in der Region überhaupt Gedanken machen, was sie bei einem Unfall in Fessenheim tun sollen oder können?

**Mayer:** Der Wind weht sehr häufig von Fessenheim Richtung Landkreis. Der aktuelle Katastrophenschutzplan für Atomunfälle kann bei kleineren Atomunfällen, die erst nach mehreren Tagen zu einer „Freisetzung“ von Radioaktivität führen, zu einem gewissen Schutz der Bevölkerung beitragen. Er kann und soll auch Panikreaktionen verhindern, also beruhigen. Bei schweren Atomkatastrophen, beim Super-GAU in Fessenheim, bei denen nach kurzer Zeit ein Großteil des radioaktiven Inventars entweicht, bietet der jetzige Katastrophenschutzplan nur eine minimale Hilfe. Solche Unfälle, deren Eintrittswahrscheinlichkeit gering ist, die aber dennoch jeden Tag möglich sind, sprengen unser Vorstellungsvermögen. Sie sind im Plan „nicht vorgesehen“. Wenn es in Fessenheim zu einem schweren Unfall oder Terroranschlag kommt, zu einer Katastrophe, die unwahrscheinlich ist und die dennoch morgen schon eintreten kann, wenn ein Teil des radioaktiven „Inventars“ des Atomkraftwerks austritt und der Wind in Richtung Landkreis weht, dann werden wir unsere Heimat, mit allem was wir in Jahrzehnten mühevoll aufgebaut haben, schnell und endgültig verlassen müssen und froh sein, einfach nur zu überleben.